

Die CDU ruht in sich selbst

Die Geschichte vom jüngsten CDU-Bundesparteitag in Köln ist schnell erzählt. Der Sozialdemokrat Franz Müntefering hätte es wohl in seiner unnachahmlichen Art so formuliert: „Partei gut! Kanzlerin gut! Glückauf!“ Die CDU 2014 ist Angela Merkel. Die Kanzlerin steht definitiv auf dem Höhepunkt ihrer Macht und ihres Ansehens. Rhetorisch sonst eher limitiert, begeisterte sie dieses Mal die rund 1.000 Delegierten mit einer kämpferischen Rede. Und sie ließ durchblicken, dass sie keineswegs ans Aufhören denkt, sondern 2017 die Union erneut in die Bundestagswahl führen will. So lange sie Wahlen gewinnt, liegt ihr die CDU zu Füßen – daran gibt es derzeit keinen Zweifel. Aber ein Blick auf die Gesamtsituation zeigt auch: In den Bundesländern und den Großstädten hat die CDU, die so gern irgendwie urban daherkommen möchte, deutlich an Boden verloren. Ich erspare Ihnen und mir das Bild von der Dame ohne Unterleib, aber hier zeigt sich, dass eben nicht alles so großartig ist, wie Beobachter der jüngsten Heerschau in Köln meinen könnten. Es sind Probleme in Deutschland zu bewältigen, für die es bisher keine überzeugenden Konzepte gibt. Der wachsende Zustrom von Flüchtlingen ist eines, das inzwischen lautstarke Proteste pro und contra auf den Straßen von Dresden, Hannover und Düsseldorf hervorgerufen hat. Die Familien- und die Bildungspolitik sind mit rot-grüner Handschrift dermaßen in die Grütze gefahren worden, dass eine starke CDU hier dringend zumindest korrigieren müsste. Aber nochmal: seit Wochen steht die Union bundesweit in allen Umfragen solide bei 40 Prozent – und das trotz AfD. Für den Moment darf die Kanzlerin zufrieden sein. Was irgendwann einmal nach ihr kommen wird, weiß kein Mensch.

Die andere Seite der Medaille

Die Innenminister der 16 Bundesländer seien besorgt über die Demonstrationen gegen den Islam, las ich heute gleich mehrfach in Qualitätsmedien. Als jemand, der weder in Dresden, noch Hannover oder Düsseldorf an diesen Demonstrationen teilgenommen hat, möchte ich aber einräumen, dass mein erster Gedanke war: Hättet Ihr, liebe Innenminister, die Sorgen vieler Menschen angesichts eines aggressiver auftretenden Islamismus in Deutschland früher ernstgenommen, gäbe es diese Demonstrationen wahrscheinlich gar nicht. Die etablierten Parteien verschlafen immer wieder Themen, die in der Bevölkerung hohen Stellenwert haben. Und anschließend sind sie dann „besorgt“....

Unfreiheit, Gleichheit, Sicherheit

Die Tagespost

Warum Andrea Nahles nicht mehr zu stoppen ist

Focus online

Der Gipfel der Scheinheiligkeit

„Ich bin alarmiert über die Berichte, wie konkret die Absprachen und Planungen der CDU mit der AfD in Thüringen schon vorangeschritten waren“, ließ heute SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann verlauten. Damit hat er sich den ersten Preis beim alljährlichen Wettbewerb für Scheinheiligkeit in der deutschen Politik uneinholbar gesichert. Was Oppermann empört hat, ist, dass es offenbar zwischen CDU und AfD im Thüringer Landtag Gespräche darüber gegeben haben soll, Bodo Ramelow von der Partei „Die Linke“ zu verhindern und stattdessen einen Ministerpräsidenten der CDU – die übrigens die Wahl klar gewonnen hatte – durchzusetzen. Was Herrn Oppermann nicht empört hat, ist, dass seine Parteifreunde einen Ministerpräsidenten unterstützt und gewählt haben, dessen Partei bis heute mit ehemaligen StaSi-Zuträgern durchsetzt ist – ein Schlag ins Gesicht all der Männer und Frauen, die unter dem SED-Regime bitter gelitten haben, darunter viele aufrechte Sozialdemokraten. Wenn es Gespräche zwischen CDU und AfD gegeben haben sollte, ist das angesichts der klaren Festlegung der Union zum Thema AfD unerfreulich für Frau Merkel, und es wird innerhalb der Partei deutlich darüber zu reden sein, ob noch gilt, was in Berlin beschlossen wird oder nicht. Aber von Herrn Oppermann und denen, die sich als Steigbügelhalter des SED-Rechtsnachfolgers hergeben, braucht wirklich kein Mensch einen Ratschlag.

Der mutige Helfer und die Justiz

Am S-Bahnhof Treptower Park in Deutschlands großartiger Hauptstadt Berlin hat am vergangenen Samstag ein Jugendlicher eine Mutter angepöbelt und mit voller Wucht gegen den Kinderwagen

getreten, den sie mitsamt einem Kleinkind schob. Und dann passierte etwas Ungewöhnliches. Ein Mann (47), der das Geschehen gesehen hatte, drehte sich nicht etwa weg, sondern griff beherzt ein, wobei er den 15-jährigen Treter auch einmal ins Gesicht schlug. Der zog dann ein Messer, wurde aber vom Älteren entwaffnet und der Bundespolizei übergeben. Gegen den jungen Mann, einen polizeibekanntem Intensivtäter, wird nun ein Strafverfahren eingeleitet. Nach der Vernehmung konnte er nach Hause gehen. Den Mann, der mutig geholfen hat, erwartet nun ein Strafverfahren wegen Körperverletzung. Ja, Sie lesen richtig - ein Strafverfahren wegen Körperverletzung. Nun bin ich auch überzeugt, dass es zu den großen Errungenschaften eines Rechtsstaates gehört, bei einem Anfangsverdacht erst einmal unvoreingenommen zu ermitteln und alle Sachverhalte zu klären. Insofern kein Problem. Aber wenn dieser tapfere Mann auch nur zu 10 Euro Geldstrafe verurteilt wird, werde ich an dieser Justiz verzweifeln.

Liebe Thüringer, Ihr schafft das schon!

Der Linke Bodo Ramelow ist neuer Ministerpräsident von Thüringen. Zum ersten Mal nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands rückt damit ein Mitglied der Rechtsnachfolgerin der DDR-Staatspartei SED an die Spitze eines deutschen Bundeslandes. Persönlich finde ich das bitter. Nicht, weil ich etwas gegen Herrn Ramelow hätte. In den vergangenen Tagen habe ich mehrfach Interviews von ihm gehört und gelesen, in denen er sich klar und unmissverständlich von den Verbrechen des DDR-Regimes distanziert hat - so deutlich, dass es manchem seiner Genossen nicht gefallen dürfte. Hoffen wir also, dass es ihm Ernst ist mit dem, was er über Opfer und Dialog gesagt hat.

Über SPD und Grüne in Thüringen zu reden, verbietet sich mir aus gesundheitlichen Gründen. Mein Herz-Doktor sagt, ich soll mich nicht aufregen und auf meinen Blutdruck achten. Doch eins ist klar: Unabhängig von der Person Ramelow ist die SED/PDS/Linke eine widerwärtige Partei. Eine ganze Reihe ehemaliger StaSi-Spitzel befindet sich bis heute in Thüringen in der Partei und Fraktion sowie im direkten Umfeld des neuen Ministerpräsidenten. Dass Parteien wie die traditionsreiche SPD und die auch aus der Bürgerrechtsbewegung der DDR entstandenen Bündnis 90/Die Grünen aus wahltaktischen Motiven diesen Leuten wieder Zugang in die erste Reihe politischer Entscheidungsgremien unseres Staates verschaffen, ist geschichtsvergessen und erbärmlich.

Aber machen wir uns nichts vor: Die Welt wird nicht untergehen, weil Bodo Ramelow Ministerpräsident von Thüringen ist. Auch Deutschland nicht. Ich bin nicht einmal sicher, ob er es lange bleiben wird, denn das rot-rot-grüne Bündnis macht nicht den Eindruck eines selbstbewussten Paktes. Warten wir es also ab. Auf die Bürger von Thüringen werden nun erstmals nach 24 Jahren all die Segnungen zukommen, die wir bereits aus anderen Bundesländern mit fortschrittlicher Regierung kennen. Mehr Schulden, ein schlechteres Bildungssystem, Klimarettung durch Abkassieren und Gender-Wahn. Aber auch das hat vielleicht seinen Sinn, denn zum Prozess der inneren Überwindung der Unterschiede zwischen West- und

Ostdeutschland kann ja auch gehören, einmal selbst zu erleben, was es für Folgen haben kann, wenn man aus Übermut, quasi um mal etwas Neues auszuprobieren, eine erfolgreiche Regierung abwählt. Baden-Württemberg hat das ja auch schon erlebt, im Westen.

Die dumpfe Intoleranz der Toleranzforderer

In diese Woche war wieder einiges los. Ich bin jetzt zum Beispiel „Rassist“ und werde außerdem von der „Wall Street ferngesteuert“. Meine Frau „hasst Schwule“ und ist auch noch „religiöse Fanatikerin“. Und so weiter, man kann diesen Schwachsinn auf einschlägigen Seiten im Internet leicht finden. Wenn man in diesem Land sachlich und mit Argumenten versucht, Positionen einzunehmen, die dem gesellschaftlichen oder auch nur medialem Mainstream widersprechen, macht man zumindest eine Erfahrung: grenzenlose Intoleranz. Ich will nicht klagen, keiner zwingt mich, politische Kommentare zu schreiben. Aber ich bin immer wieder erstaunt, wie viele Menschen wirklich unfähig zu einer sachlichen Auseinandersetzung sind. Da wird beleidigt und unterstellt, was das Zeug hält. Da hört man nicht mehr zu oder liest selber, sondern man zitiert, was andere meinen, was die betreffende Person wohl gemeint haben könnte. Ich zum Beispiel bin auch ein christlicher Fundamentalist, las ich kürzlich. Begründung: Bei Facebook hatte jemand geschrieben, dass die Abschlussmesse der Geistlichen Gemeinschaften beim Katholikentag in Regensburg sehr bewegend war. Ich hatte das „geliked“, ein linker PC-Wächter hat es entdeckt - und schwupps, bin ich entlarvt. Manchmal nervt diese Doofheit, besonders weil die Intolerantesten von allen in der Regel diejenigen sind, die für sich selbst lautstark Toleranz der Mehrheitsgesellschaft einfordern.

Flüchtling ist nicht gleich Flüchtling: Wir müssen helfen, aber nicht jedem

Focus online

Der hochdekorierte Literat und seine neueste Gaga-Idee

Ein oder zwei Mal pro Jahr stoße ich irgendwo in den Medien auf Günter Grass, Literaturnobelpreisträger und kurz vor Kriegsende noch vorübergehend bei der Waffen-SS, worüber er zwischendurch aber lange nichts mehr erzählt hatte. Immer wieder mischt sich der Autor, der zumindest einen großen Roman sein Eigen nennen darf, in die Tagespolitik ein. In den 70er und 80er Jahren vornehmlich als Unterstützer der SPD, zu Zeiten der Wiedervereinigung als größter Gegner derselben (was „das Volk“ wollte, hat sogenannte Intellektuelle seltenst interessiert). In jüngster Zeit wurde er mit verschwurbelten israelfeindlichen Versen, manche sagen mit Antisemitismus, auffällig. Und nun – Erbarmen! – wendet er sich der Flüchtlingsproblematik zu. Die sollen nämlich, wenn die Aufnahmekapazitäten in Deutschland erschöpft seien, auch bei Privatleuten „zwangseinquartiert“ werden können. Das habe man ja auch nach dem Krieg so gehandhabt und gute Erfahrungen damit gemacht. Was er nicht erwähnte, ist, wie viele Flüchtlinge er selbst aufzunehmen gedenkt. Er hat auch nichts dazu verlauten lassen, ob er die westafrikanischen Drogendealer aus dem „Görli“ (ich schrieb letztes darüber) ebenso in die Quartier-Verlosung aufzunehmen gedenkt, wie die Gruppe junger Migranten aus Berlin, die jüngst ein Theaterstück massiv störten und drei Schulklassen aus Brandenburg bedrängten, wobei auch Zwölf- und 13-Jährige unter den Augen ihrer Lehrer mit einem Messer bedroht wurden. Was Grass hier wieder einmal macht, ist mit romantikdurchdrungenem Geschwätz eine dramatische Situation schönzureden. Tag für Tag nimmt derzeit in Deutschland die Belastung durch die Aufnahme von Flüchtlingen aus aller Welt zu. Viele Städte sind organisatorisch und finanziell längst überfordert, der Situation noch Herr zu werden. Turnhallen werden zweckentfremdet, Zeltstädte errichtet. Und nun will der werthe Herr Grass syrische Flüchtlinge bei Privatleuten „zwangseinquartieren“. Eine bessere Vorlage könnte Grass dem rechtsextremistischen Lager in diesem Land gar nicht bieten. Denn wir leben heute gar nicht mehr in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wo geteilte Not halbe Not sein konnte. Wir leben heute in einer ich-bezogenen Welt, Helfen ist bei vielen verpönt, andere ziehen sich unter Verweis auf ihre eigenen Sorgen zurück. Allein der Gedanke, hier könnte ein Bus der Stadtverwaltung mit Flüchtlingen in eine Wohnsiedlung fahren, und ein Mann vom Amt klingelt dann und sagt: „Guten Morgen, ich habe hier vorübergehend eine sechsköpfige Familie aus Waziristan, die für ein halbes Jahr bei Ihnen wohnen wird. Natürlich unterstützen wir Sie für Ihre Bereitschaft mit 4,56 Euro pro Flüchtling in der Woche....“ ist so grotesk, dass man unwillkürlich lachen muss.

Ich würde einem weltweit angesehenen Mann wie Günter Grass wirklich wünschen, dass er sich aus tagespolitischen Debatten raushält. Nicht, weil sie so originell oder gar praktikabel wären, und auch nicht, um ihn aus dem demokratischen Diskurs auszuschließen. Einfach nur, um den Mann vor sich selbst zu schützen, auf den der Satz „Hättest Du geschwiegen, wärest du ein Philosoph geblieben“ besser passt, als auf jeden anderen Zeitgenossen in Deutschland.